

Niederschrift

über die Sitzung (öffentlicher Teil)
Kommunale Gesundheitskonferenz
am Mittwoch, **21.06.2023**, 15:00 Uhr – 17:05 Uhr,
Hauptausschusszimmer, 1. Etage, Stadtweinhaus, Prinzipalmarkt 8-9, 48143 Münster

Anwesend waren: s. Anlage 01

Tagesordnung

Öffentliche Sitzung

1. **Begrüßung**
2. **Festlegung der Tagesordnung und Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 15.06.2022**
3. **Mitteilungen der Geschäftsstelle**
4. **Bericht aus der Psychosozialen Arbeitsgemeinschaft (PSAG)**
5. **Medizinische Versorgungssituation bei Schwangerschaftsabbrüchen**
6. **Lieferengpässe bei Medikamenten**
7. **Projektgruppe Pandemie – Ergebnisbericht**
8. **Projektgruppe „Ernährung – Gesundheit und Klimaschutz“ –**
9. **„Kampf gegen den plötzlichen Herztod“ - Neues Jahresthema für die KGK?**
10. **Verschiedenes**

Punkt 2 der Tagesordnung**Festlegung der Tagesordnung und Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 15.06.2022**

Das Protokoll der Sitzung vom 15.06.2022 wird genehmigt. Es gibt keine Änderungswünsche für die Tagesordnung. Auch wird kein Antrag auf Beratung einzelner Tagesordnungspunkte in nichtöffentlicher Sitzung gestellt.

Punkt 3 der Tagesordnung**Mitteilungen der Geschäftsstelle**

a. **Krankenhausplanung – aktueller Stand**, Herr Dr. Schulze Kalthoff

Die Verhandlungsphase zwischen den Krankenhäusern und den Krankenkassenverbänden ist inzwischen abgeschlossen. Am 17. Mai 2023 ist die Verfahrensleitung nun auf das Land übergegangen. Damit liegen den zuständigen Bezirksregierungen die Verhandlungsergebnisse aus den 16 Versorgungsgebieten vor. Die Stadt Münster gehört mit den Kreisen WAF, COE, ST und Borken zum Versorgungsgebiet 9. Dieses Versorgungsgebiet ist für die meisten der 64 Leistungsgruppen die entsprechende Planungsebene. Ausnahme ist die wohnortnahe Versorgung mit den Leistungsgruppen „Allgemeine Innere Medizin“ und „Allgemeine Chirurgie“ in Verbindung mit der Leistungsgruppe „Intensivmedizin“ sowie die Leistungsgruppe „Geriatric“ auf der Ebene des Kreises bzw. der kreisfreien Stadt. Dabei ist für jede Leistungsgruppe auf der jeweils angegebenen Planungsebene mindestens ein Angebot vorzusehen!

Die Verhandlungsergebnisse zwischen den Verbänden der Krankenkassen und der Krankenhausträger sind jetzt öffentlich auf der Homepage des Landtags abrufbar:

<https://www.landtag.nrw.de/portal/WWW/dokumentenarchiv/Dokument/MMV18-1310.pdf>

Von Interesse dürften die nicht konsentierten Ergebnisse bei Krankenhausstandorten in Münster sein. Auf der Planungsebene der wohnortnahen Versorgung (= Stadtgebiet) trifft dies für die Geriatric zu. Hier besteht noch ein Dissens mit einem Krankenhausträger. Auf der Planungsebene des Versorgungsgebietes 9 konnte in zahlreichen Fällen kein Konsens erzielt werden. Konkret ist das bei 24 Leistungsgruppen der Fall. Zu Ihnen gehören z.B. die Endoprothetik von Knie und Hüftgelenken, Eingriffe an der Leber und an der Bauchspeicheldrüse, die interventionelle Kardiologie, Wirbelsäuleneingriffe und die Psychiatrie.

Gem. § 14 des Krankenhausgestaltungsgesetzes NRW kann die kommunale Gesundheitskonferenz eine Stellungnahme abgeben. Dafür wurde uns von der Bezirksregierung (BzR) eine Frist bis zum 7. Juli gesetzt. Angesichts der besonderen Komplexität und Konfliktrichtigkeit des Themas sowie der nicht erkennbaren Gefahr der medizinischen Unterversorgung in Münster, empfiehlt Herr Dr. Schulze Kalthoff, keine Stellungnahme abzugeben und den weiteren Verlauf des Verfahrens abzuwarten. Es bleibt natürlich jedem Mitglied der KGK unbenommen, sich nach der Durchsicht der umfangreichen Daten mit Hinweisen an das Dez. 24 der BzR zu wenden, die die Daten mit Blick auf die Vorgaben des Krankenhausplans prüfen und bewerten wird. Dies wird voraussichtlich noch einige Monate in Anspruch nehmen. Die Letztentscheidung liegt beim MAGS. Die aktuelle Krankenhausplanung soll bis Ende 2024 umgesetzt werden.

b. **„Gesundheit in der nachhaltigen Stadt“**, Frau Heitkötter

Die Frage, wie eine gesundheitsgerechte Stadt aussehen kann, zählt zu einer der zentralen Zukunftsfragen der kommenden Monate und Jahre. Dieser Zukunftsaufgabe widmet sich auch die Stadt Münster, federführend das Gesundheitsamt und Münster Marketing, in einem Projekt. Unter dem Titel „Gesundheit in der nachhaltigen Stadt“ erarbeiten wir in Kooperation mit der Universität Münster und gefördert von der Techniker Krankenkasse

bis 2026 ein entsprechendes Handlungsprogramm, das als Teil der Stadtentwicklung fest in allen Politikfeldern der Stadt verankert werden soll. Das erfolgt allerdings nicht „am Schreibtisch“, sondern gemeinsam mit der Zivilgesellschaft in drei Stadtteilen Münsters: Coerde, Berg Fidel und Hansaviertel.

Warum müssen Gesundheit und Stadtentwicklung miteinander verzahnt werden? Wie kann man das erreichen? Kann das überhaupt in einer Stadt mit sehr unterschiedlichen Quartieren gelingen?

Diese Fragen stehen im Fokus einer Tagung mit dem Titel „Gesundheit für alle. Gemeinsam die Gesunde Stadt gestalten“, welche vom 24. bis 26. August 2023 im Fürstenberghaus stattfinden wird. Für diese Tagung konnten renommierte Wissenschaftlerinnen und Experten gewonnen werden, wobei es aber auch ganz konkret wird:

Vorgestellt werden der Erarbeitungsprozess, Ergebnisse aber auch erste ganz praktische Umsetzungsprojekte aus den drei Stadtteilen. Bei der Konferenz soll aufbauend auf dem bisher Erreichten der nächste große Schritt auf dem Weg zu einem gesamtstädtischen Handlungsprogramm gegangen werden. Dazu sind alle Akteure aus Münsteraner Stadtteilen, Zivilgesellschaft, Wissenschaft, Politik und Verwaltung zum Dialog eingeladen. Expert*innen aus der Wissenschaft wie die Professorinnen Heike Köckler und Christiane Falge von der Hochschule für Gesundheit in Bochum und Expert*innen aus der praktischen Umsetzung in unseren Stadtteilen liefern darüber hinaus Impulse für zukunftsfähige, partizipative kommunale Gesundheitsförderung. In Workshops wird diskutiert werden, wie die vorgestellten Erfahrungen, Erkenntnisse und Impulse in gemeinsam getragene Handlungsfelder und -strategien für Münster in Politik und Verwaltung übersetzt werden. Link zur Anmeldung und zu weiteren Informationen:

<https://www.muensterzukunft.de/aktuelles/1-halbjahr-2023/gesundheit-fuer-alle.html>

c. **Pflegekammer NRW:** Frau Kempe

Sandra Postel wurde im Februar 2023 zur ersten Präsidentin der Pflegekammer NRW gewählt. Über eine mögliche Mitarbeit in der Gesundheitskonferenz und der Konferenz Alter und Pflege sind Gesundheits- und Sozialamt trotz Nachfrage bisher noch nicht informiert worden. Im August wird wohl ein erstes Sondierungsgespräch zwischen der Pflegekammer, dem Sozialamt und der Gruppe „Starke Pflege“ stattfinden. Ob sich daraus eine Zusammenarbeit mit der Gesundheitskonferenz ergeben kann bleibt abzuwarten.

d. **Bericht über die Entschließung der Landesgesundheitskonferenz (LGK),**

Frau Kempe

In der KGK wurde vereinbart, immer über die aktuelle Entschließung der LGK zu berichten:

Die Empfehlungen aus der Entschließung vom 31. Oktober 2022 „Klimaschutz und Klimaanpassung sind Gesundheitsschutz“ beziehen sich auf Landes- und Bundesebene und fordern die Mitglieder der LGK dazu auf, in ihren Einrichtungen den Klimaschutz zu forcieren. Es ergeben sich derzeit keine unmittelbaren Anknüpfungspunkte für die Kommunen.

e. **Hitzeaktionsplan für Münster,** Frau Böckenholt

Für die Vorbereitung des Hitzeaktionsplanes für Münster wurde beim Landesamt für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz Nordrhein-Westfalen (LANUV) ein Förderantrag gestellt und eine zweckgebundene Zuweisung gewährt. Somit stehen der Stadt Münster nun 55.000 Euro zur Verfügung. Um ein Netzwerk aufzubauen und die ersten Maßnahmen zu initiieren, sollen eine Reihe von zielgruppenspezifischen Auftaktveranstaltungen mit Kurzvorträgen stattfinden, die den Teilnehmenden aus Verwaltung, Beiräten, Trägern sozialer Einrichtungen, Berufsgenossenschaften, aber auch Quartiersmanager*innen oder Nachbarschaftsvereinen sowie Hilfsorganisationen Einblick in die Erarbeitung des Hitzeaktionsplans und die Hintergründe vermitteln. In darauffolgenden Workshops sollen praxisnahe, bedarfsorientierte Lösungen zur Erstellung des Hitzeaktionsplans entwickelt werden. Grundsätzlich sollen dabei kleinräumige, quartiersbezogene Maßnahmen gesucht werden. Die in die Konzepterstellung einbezogenen Akteure sollen zugleich als Multiplikato-

ren für die Verbreitung der gemeinsam erarbeiteten Anpassungserfordernisse und -maßnahmen fungieren. Die Akzeptanz der Handlungsansätze, Strategien und Planungen setzt eine frühzeitig einsetzende Information und Beteiligung maßgeblicher Akteure aus Verwaltung, Nicht-Verwaltungs-Organisationen und diverser Interessengruppen voraus, um insbesondere eine fachliche Vernetzung der unterschiedlichen Akteure aus Verwaltung und anderen Einrichtungen und Verbänden zu initiieren und das vorhandene Akteurswissen sowie die Fach- und Ortskenntnisse abzufragen und in den weiteren Planungsprozess einfließen zu lassen.

Frau Böckenholt (Gesundheits- und Veterinäramt) ist für die Vorbereitung und Umsetzung des Hitzeaktionsplans zuständig und wird in den nächsten Wochen auf die Mitglieder der KGK zukommen.

f. Unterstützung der Akku-Ladung von Heimbeatmungspatienten, Frau Schulte-Sienbeck, Sozialamt

Der Arbeitskreis Kritische Infrastruktur hat sich im Auftrag des Krisenstabes u.a. mit den möglichen Auswirkungen eines länger anhaltenden Stromausfalls beschäftigt. Grundsätzlich stehe die Eigenvorsorge und Selbsthilfefähigkeit der Bevölkerung, aber auch der Einrichtungen und Dienste, an erster Stelle. Personen, die zu Hause leben und mehr als 16 Stunden täglich auf Beatmungsgeräte angewiesen sind, gehören zu den besonders vulnerablen Personen, bei denen die Eigenvorsorge schnell an Grenzen stößt. Die Hilfsorganisationen haben in enger Abstimmung mit der Stadt ein Konzept zur Ladung der Akkumulatoren der Heimbeatmungsgeräte im Falle eines länger anhaltenden, flächendeckenden Stromausfalls erstellt. Dieses sieht vor, dass die Betroffenen sich online registrieren lassen können. Danach erhalten sie einen Ausweis, mit dem sie berechtigt sind, ihre Akkus bei den Hilfsorganisationen aufladen zu lassen.

Sobald die Registrierung starten kann, wird mit entsprechender Öffentlichkeitsarbeit und gezielter Ansprache von Ärztinnen, Ärzten und ambulanten Diensten über diese Unterstützungsmöglichkeit informiert.

Punkt 4 der Tagesordnung

Bericht aus der Psychosozialen Arbeitsgemeinschaft (PSAG)

Da Herr Prof. Seifert im Urlaub ist berichtet Frau Dr. Schnabel, Abteilungsleiterin Psychische Gesundheit im Gesundheitsamt, über die Arbeit in der PSAG.

- Transitionspsychiatrie

Der notwendige Übergang von einer adoleszenten-zentrierten hin zu einer erwachsenenorientierten Versorgung stellt eine Herausforderung dar, in der die spezifischen Bedürfnisse der psychisch erkrankten Heranwachsenden zwischen 16 und 24 Jahren mit unterschiedlichen Reifungsprozessen und Entwicklungsbedingungen berücksichtigt werden müssen. Das psychiatrische Hilfesystem steht vor der Herausforderung, diesen Übergang optimal zu gestalten und die Heranwachsenden bei der Lösung damit verbundener Schwierigkeiten zu unterstützen.

In der Praxis zeigt sich auch in Münster, dass noch erhebliche Schnittstellenprobleme zwischen den unterschiedlichen Versorgungssegmenten des Kindes-, Jugend- und Erwachsenenalters bestehen, die mit höheren Therapieabbruchraten, Behandlungsdiskontinuitäten und weiteren den Verlauf und die Prognose beeinträchtigenden Faktoren assoziiert sind.

- Beurlaubung und Entlassung forensischer Patient*innen

Insgesamt scheint ein ziemlicher Druck im Behandlungssystem forensischer Patienten zu herrschen, auch im ambulanten Sektor. Die Einrichtungen der Eingliederungshilfe, in die die forensischen Patienten entlassen werden, haben zunehmend schlechtere Rahmenbedingungen, um Patienten aufnehmen und adäquat betreuen zu können. Neben Personal fehlt es an Wohnraum, um Patienten in eigenen Wohnraum entlassen zu können und für „neue“ Patienten zur Verfügung zu stehen. Besonders schwierig ist die Situation bei der Be-

treuung von Menschen mit besonders herausforderndem Verhalten, die derzeit vermehrt auftreten und das System vor große Herausforderungen stellen.

- Der LWL-Wohnverbund und der sozialpsychiatrische Dienst des Gesundheitsamtes machen derzeit sehr gute Erfahrungen mit einer seit kurzem bei der Arbeit mit den Klient*innen ergänzend eingesetzten Genesungsbegleiterin. Genesungsbegleiter*innen sind Menschen, die selber Psychiatrieerfahrung und eine besondere Ausbildung haben. Sie können durch ihre eigenen Erfahrungen besonders gut die Verbindung zu den Klient*innen herstellen und für mehr Akzeptanz und Vertrauen sorgen. Diese Unterstützung sollte in Münster weiter ausgebaut werden.
- Arbeitskreis „Unterbringung“: Die Zuführung zu einer adäquaten stationären Versorgung von Menschen die sowohl somatisch, als auch psychisch schwer erkrankt sind gestaltet sich oftmals schwierig und erfordert eine große Kooperationsfähigkeit und -bereitschaft der einweisenden Ärzte/Ärztinnen und Krankenhäuser.
Grundsätzlich hat jeder Bürger das Recht eine angemessene medizinische Versorgung zu erhalten, jedoch auch das Recht - wenn er zur freien Willensbildung fähig ist - sich gegen eine Behandlung seiner Leiden zu entscheiden. Insbesondere obdachlose Menschen oder Menschen mit schweren psychischen Erkrankungen können sich häufig nur bedingt auf eine medizinisch angemessene, stationäre Behandlung einlassen. Ein weiterer Ausbau der Angebote für die oben genannte Personengruppe wäre wünschenswert.
- Im Arbeitskreis „Wohnen“ wurde vereinbart, dass es nur noch ein lokales Steuerungs- und Planungsgremium geben wird, statt der bisherigen Regional-(planungs)-konferenzen der Bereiche nach ehem. §53, §67 und der Menschen mit geistiger Behinderung. Auftrag dieses Gremiums wird sein:
 - Fortschreibung der Leistungs- und Angebotsstruktur, insbesondere auch mit Blick auf die Schaffung inklusiver Sozialräume
 - Überprüfung der Zusammenarbeit im Rahmen der Gesamtplanung
 - Klärung und Bearbeitung von Schnittstellen.
 - Das Gremium wird voraussichtlich im Oktober 2023 konstituiert werden und zunächst den Bereich Wohnen in den Fokus nehmen. Wie die Themen Kinder und Jugendliche sowie Arbeit gut integriert werden können, wird im Verlauf entwickelt.
- Im Arbeitskreis „Demenz“ wurde über die Aktionen anlässlich des Welt-Alzheimer-tages berichtet. Außerdem wurde das Kontaktbüro Pflegeselbsthilfe (KoPS) vorgestellt. Das Kontaktbüro ist eine Anlaufstelle für Menschen mit Pflegebedarf und ihre pflegenden Angehörigen. Es berät Betroffene und Angehörige, informiert über örtliche Pflegeselbsthilfeangebote, vermittelt in bestehende Selbsthilfegruppen oder gibt fachliche, finanzielle und praktische Unterstützung bei der Gründung von neuen Gruppen. Der Wegweiser Demenz wird neu aufgelegt.
- Das Bündnis gegen Depression bietet weiter für eine deutlich steigende Zahl von Ratsuchenden ein niedrigschwelliges und institutionsunabhängiges Beratungsangebot an jedem letzten Donnerstag im Monat an.
Als Kooperationsangebot von Bündnis gegen Depression, Verein für Gesundheitssport und Sporttherapie e. V. (VGS) und dem Magazin „Münster aktiv“ wird seit August 2022 eine niedrigschwellige, wöchentlich stattfindende Lauf- und Bewegungsgruppe angeboten. Sofern die Finanzierung gesichert wäre, wäre eine Ausweitung auf zwei weitere Standorte im Stadtgebiet denkbar.
Es ist ein zusätzlicher Sitzungstermin des Bündnisses geplant zu den Themen „Häusliche Gewalt und Depression“ sowie „Trans- und Intergeschlechtlichkeit und Depression“.
- Im Austausch des Arbeitskreises „Psychische Erkrankungen in Familien“ konnte herausgearbeitet werden:

- dass sich die Quantität der psychiatrischen Fälle bei Kindern und Jugendlichen wieder auf ein „normales“ prä-Corona Niveau reduziert hat, aber eine veränderte Qualität in Form von komplexeren und schwerwiegenderen Fällen deutlich wird.
- dass Kinder und Jugendliche mit geistiger Behinderung und herausfordernden Verhaltensweisen zunehmend verkürzt in Förderschulen beschult oder über Monate nicht beschult werden können, Zugänge zur stationären Behandlung aufgrund von einer intensiveren Betreuungsanforderung an die Kinder- und Jugendkliniken sehr erschwert sind, die betroffenen Kinder und Jugendlichen noch mehr ihre Gruppenfähigkeit und somit auch den Anschluss an das gesellschaftliche Leben verlieren. Ambulante Unterstützungsformen sind meist keine ausreichenden Hilfen ohne eine Beschulung. Die Familien sind extrem belastet und gefährdet von psychischen Erkrankungen, finanziellen Problemen, Kinderschutzthemen. Für diese Kinder und Jugendlichen bedarf es einer betreuungsintensiveren Lösung in Schulen/ an Schulen angedockt und/ oder Heilpädagogische Tagesgruppen für diese Kinder.
- Im Arbeitskreis „Medien- und Onlinesucht“ stellte sich das Fachwerk Gievenbeck als Stadtteilhaus für Menschen von 6 bis 99 Jahren mit seinem Schwerpunkt in Medienpädagogik vor. Außerdem wurde auf eine Fortbildung der schulpsychologischen Beratungsstelle zum Thema (Cyber-)Mobbing hingewiesen und darauf dass alle weiterführenden Schulen in NRW Schüler*innen zu Medienscouts ausbilden können. An jeder Schule des Landes gibt es seit dem Schul-jahr 2022/23 eine*n Digitalisierungsbeauftragte*n, um Unterrichts- und Schulentwicklungsprozesse zu unterstützen.

Zum Schluss bedankt sich Frau Dr. Schnabel für die gute Zusammenarbeit mit Merle Heitkötter als Psychiatriekoordinatorin. Frau Heitkötter übernimmt künftig mit einer ganzen Stelle die Gesundheitsplanung im Gesundheitsamt. Die Stelle der Psychiatriekoordination wird auf eine ganze Stelle aufgestockt und neu ausgeschrieben.

Punkt 5 der Tagesordnung

Medizinische Versorgungssituation bei Schwangerschaftsabbrüchen

Frau Knese-Janning, Gesundheitsamt, berichtet über die aktuelle Versorgung bei Schwangerschaftsabbrüchen in Münster. (s. Anlage 02)

In Deutschland werden ca. 100.000 Schwangerschaftsabbrüche pro Jahr vorgenommen, in NRW ca. 20.000. Zu Münster kann keine konkrete Zahl benannt werden. 60% der Abbrüche erfolgen operativ, 40% medikamentös. 96% der Abbrüche erfolgen nach der vorgeschriebenen Beratung. Münster ist im Bereich der Schwangerschafts-konfliktberatung gut aufgestellt. Aber es gibt immer weniger Ärzte, Ärztinnen und Krankenhäuser/Kliniken, die einen Abbruch durchführen.

Die Stadt ist seit längerem mit dem UKM und den gynäkologischen Praxen im Gespräch, um eine wohnortnahe sichere medizinische Versorgung mit Wahlmöglichkeit des Ortes, der Methode und der Ärztin/des Arztes zu gewährleisten.

Im Rahmen der Diskussion wird erwähnt, dass es dringend geboten sei, die Situation für die Frauen in Münster zu verbessern. Auf die besonderen Schwierigkeiten von Frauen mit Behinderungen und Frauen, die bereits ein Kind und entsprechende Unterbringungsprobleme haben, wird hingewiesen. Auch die Forderung an die Stadt Münster, einen Ort für operative Abbrüche zu finanzieren, wird gestellt. Herr Dr. Schulze Kalthoff hält die Idee, über die Krankenhausplanung in dieser Hinsicht Druck auszuüben für nicht umsetzbar.

Herr Dr. Oberfeld teilt mit, dass das UKM den Versorgungsauftrag für sich sehe, jedoch zz. nicht umsetzen könne, da bisher keine Mitarbeitenden bereit waren an einem Schwangerschaftsabbruch mitzuarbeiten und auch nicht dazu gezwungen werden können.

Er ist zuversichtlich, dass das UKM die Situation in absehbarer Zeit verbessern können wird.

Punkt 6 der Tagesordnung**Lieferengpässe bei Medikamenten**

Frau Plassmann, Apothekerkammer Westfalen/Lippe, berichtet über die derzeitigen Lieferengpässe bei Medikamenten (s. Anlage 03)

Punkt 7 der Tagesordnung**Projektgruppe Pandemie – Ergebnisbericht**

Der gesamte Bericht mit der Auswertung der Umfrage wurde allen Mitgliedern und stellvertretenden Mitgliedern der KGK übersandt. Insgesamt beteiligten sich 266 Personen aus unterschiedlichsten Einrichtungen des Münsterschen Gesundheitswesens an der Befragung.

Frau Dienenhofen, Gesundheitsamt, stellt ausgewählte Ergebnisse der Umfrage „Was haben wir aus der Pandemie gelernt?“ sowie die Empfehlungen der Projektgruppe dar (s. Anlage 04). Die Projektgruppe sieht aufgrund der sektoralen Vielfalt die übergreifende Formulierung von Handlungsempfehlungen als nicht zielführend an. Daher wurden die Rückmeldungen in folgende sektorale Untergruppen zusammengefasst:

1. Apotheken
2. Beratungsstellen, Selbsthilfe, Therapiepraxen
3. besondere Wohnformen und ambulante Dienste der Eingliederungshilfe
4. haus-, kinder-, fachärztliche Praxen
5. Krankenhäuser
6. (teil-)stationäre Pflegeeinrichtungen, Pflegewohngemeinschaften, ambulanter Pflegedienst
7. zahnärztliche Praxen

Die kommunale Gesundheitskonferenz beschließt, dass jeder Zuständigkeitsbereich „seine“ Ergebnisse reflektiert, Handlungsansätze und –empfehlungen praxis- und sektororientiert entwickelt und umsetzt.

Die vertretenden Mitglieder der KGK werden aufgerufen die Umfrageergebnisse an ihre entsendenden Institutionen weiterzuleiten und die Diskussion anzuregen. Die Rückmeldungen aus den Sektoren sollen an die Geschäftsstelle der Gesundheitskonferenz (gesundheitskonferenz@stadt-muenster.de) erfolgen. In der Sitzung der Kommunalen Gesundheitskonferenz im Jahr 2024 werden die Erfahrungen gebündelt und vorgestellt.

Punkt 8 der Tagesordnung**Projektgruppe „Ernährung – Gesundheit und Klimaschutz“ –**

Die Sprecherin der Projektgruppe Katharina Geuking (Die Linke) und Jeanette Dienenhofen (Gesundheitsamt Münster) in Vertretung für Thomas Voß, den Sprecher der PG, stellen die Ziele der Projektgruppe vor:

- Bewusstsein für klimagesunde Ernährung stadtweit und über alle Bevölkerungsgruppen stärken
- Gesundheitliche Chancengleichheit und Teilhabe fördern
- Ernährungsbezogene Gesundheitskompetenz stärken
- Gesundheitsziele durch konkrete Angebote in der Gastronomie und Gemeinschaftsverpflegung außerhalb von Schulen und Kitas unterstützen.

Aktuell initiiert die Projektgruppe in Zusammenarbeit mit der FH Münster (iSuN) und dem Amt für Grünflächen, Umwelt und Nachhaltigkeit ein Angebot für Küchenleitungen und –kräfte von Krankenhäusern, Alten- und Pflegeheimen und aus dem Bereich der Kita- und Schulverpflegung:

Im Rahmen von kostenlosen und wissenschaftlich begleiteten Workshop-Angeboten bietet das Projekt GeNAH Küchen einen Einstieg in eine gerechte und nachhaltige Außer-Haus-Verpflegung. In vier verschiedenen, thematisch voneinander unabhängigen Modulen liegt, nach einer theoretischen Einführung, der Fokus auf den praktischen Umsetzungsmöglichkeiten. Gemeinsam werden passende Maßnahmen für den Betrieb entwickelt, die es direkt auszuprobieren gilt. Informationsveranstaltungen für den Bereich Kita- und Schulverpflegung sowie Alten- und Pflegeheime sind für Anfang August geplant. Interessierte Einrichtungen und Träger melden sich gern bei Jeanette Diedenhofen (diedenhofen@stadt-muenster.de, 0251 – 492 5368). Weitere Projekte können der Anlage 05 des Protokolls entnommen werden.

Die Mitglieder der KGK sind aufgerufen, sich aktiv an der Thematik zu beteiligen. Die nächste Projektgruppensitzung findet am 11. August um 14 Uhr statt. Für Rückfragen und bei Interesse zur Mitarbeit steht Frau Diedenhofen zur Verfügung.

Punkt 9 der Tagesordnung

„Kampf gegen den plötzlichen Herztod“ - Neues Jahresthema für die KGK?

Vorschlag von Herrn Prof. Bohn, Amt 37: „Kampf gegen den plötzlichen Herztod“.

Herr Prof. Bohn stellt Beispiele aus Münster vor und zeigt statistische Erhebungen, die verdeutlichen, dass deutschlandweit 10.000 Menschenleben gerettet werden könnten, wenn unverzüglich die richtigen Maßnahmen nach einem Herzstillstand eingeleitet würden (s. Anlage 06).

In Münster gibt es ca. 230 Reanimationsversuche pro Jahr, die beispielsweise im Jahr 2021 zu 25 Überlebenden geführt haben. Es muss davon ausgegangen werden, dass diese Rate zu steigern wäre.

Herr Bohn schlägt deshalb vor, eine Handlungsempfehlung „Verbesserung des Überlebens nach Herz-Kreislauf-Stillstand“ zu erarbeiten.

Ziele:

- Bessere Nutzung der vorhandenen Ressourcen/Potentiale der Stadtgesellschaft
- Erkennung von Schwachstellen und deren Korrektur

Verbesserung des Wissens und der Handlungskompetenz in der Bevölkerung

Alle Anwesenden sind damit einverstanden, dieses Thema als Jahresthema zu wählen. Wer sich an der Projektgruppe beteiligen möchte, meldet sich bitte bei Frau Kempe.

Punkt 10 der Tagesordnung

Verschiedenes

Frau Dr. Anna Ringbeck verabschiedet sich von der Gesundheitskonferenz, da sie im November in den Ruhestand gehen wird. Die Gesundheitskonferenz wünscht ihr alles Gute für den neuen Lebensabschnitt.

gez.
Cornelia Wilkens
Vorsitz

gez.
B. Kempe
Schriftführung